

# DER SPRINGENDE PUNKT

Nürnberg

SPD



» AUSWEISUNG VERHINDERN  
#Banumussbleiben

» AUS DEM LANDTAG  
Starke Feuerwehr in Bayern – Situation und Zukunft der Feuerwehr



Liebe Leserinnen und Leser,

das Rennen um die Bundestagswahl ist offen! Die Union ist derzeit mit sich selbst beschäftigt und führt zahlreiche interne Machtkämpfe. Die Frage, wer Kanzlerkandidat wird, ist ebenso offen wie der Fingerhakenwettbewerb, ob das Kanzleramt oder die Ministerpräsidenten die Marschrichtung in der Corona-Politik vorgeben. Die immer neuen Medienberichte über „Nebentätigkeiten“ von Unionsabgeordneten tun ihr Übriges.

Wir haben mit Olaf Scholz den besseren Kandidaten und insgesamt die kompetentere Führungsmannschaft. Das Regierungsprogramm „Sozial. Digital. Klimaneutral.“ überzeugt und bringt unsere Zukunftsvision auf den Punkt.

Ab der nächsten Ausgabe grüßt an dieser Stelle ein neues Gesicht. Am 10. April wird ein neuer Vorstand gewählt. Ich werde mich – wie im letzten Jahr angekündigt – auf den Fraktionsvorsitz im Rathaus konzentrieren. Die Wahl wird spannend, aber ein Ergebnis kann ich jetzt schon vorwegnehmen: Der Vorsitz wird in guten Händen liegen!

Euer

Thorsten Brehm



## DIE ROTE GALERIE IM ZWEITEN CORONA-LOCKDOWN

WIR HELFEN DEN KÜNSTERINNEN UND KÜNSTLERN

von MICHAEL ZIEGLER

Bereits im letzten Jahr hatten Zehn Künstlerinnen und Künstler aus Nürnberg eine Idee. Mit den im ersten Lockdown erstellten sie alle individuelle kleine Kunstwerke, die sogenannte „Nürnberger Kunst Aktie“. Ursprünglich kommt die Idee aus der Gostenhofer Galerie „2 Bananas“ von Eric Lintl. Auch im letzten

Jahr waren die Sorgen bereits groß und so holte Eric Künstler\*innen zusammen. Und wir setzen nun die Aktion gemeinsam fort.

Auch Barbara Engelhard und Marcela Salas haben Kunstaktien erstellt. Barbara klebt ihre Wertpapier mit Washi-Tapes, Marcela druckt Einzelstücke ihrer bunten Gemälde. Und so funktioniert es: eine Aktie kostet »

10,-€ hat den Gegenwert von 20,- €, der dann beim Kauf eines der Werke mit dem regulären Verkaufspreis verrechnet wird (maximal 30% des Gesamtpreises).

Unsere großen Schaufenster in der Koberger Straße helfen hoffentlich möglichst vielen Kulturschaffenden vor Ort. Unsere digitale Vernissage ist am 7. April. Somit endet die witzige Ausstellung von Karikaturist Gymmick. Mit ihm hatten wir zum ersten Mal eine sogenannte „Vernissage for one“ durchgeführt.

Viele unserer Aktionen sind inzwischen auf YouTube zu sehen. Einfach BRÖBRÖ eingeben, dann seid ihr auf unserer Seite. Mehr Infos gibt's natürlich über die Karl-Bröger-Gesellschaft. Bestellt gern unseren Newsletter unter: [info@karl-broeger-gesellschaft.de](mailto:info@karl-broeger-gesellschaft.de). Dort gibt's dann auch die Links zu unseren Veranstaltungen.

Günter Glöser, ehemaliger Staatsminister und Brögervorstand, ging im März bereits zweimal live mit den Thema „10 Jahre Arabischer Frühling“. Bei „Jemen – von der Hoffnung in den Abgrund“ konnte er in der digitalen Zoom-Konferenz Prof. Dr. Horst Kopp begrüßen. Zum Thema „Bilanz des Arabischen Frühlings in Nordafrika“ konnte er unsere Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich als Expertin begrüßen. Die Reihe „Bröger geht live“ startete im Gostner Hoftheater. Michael Ziegler begrüßte dort unter dem Motto „So (k)ein Theater“ auf der Bühne die Schauspieler\*innen Johanna Steinhauser, Thomas Witte und die Geschäftsführerin Isabelle Pyka. Alle hatten zuvor einen Schnelltest gemacht. Auch dieser Abend ist auf BRÖBRÖ zu sehen.

Weiter geht's mit der „Zukunft der Soziokultur“ mit Gastgeber Nasser Ahmed vom Brögervorstand und Doris Reinecke und Michael Ziegler stellen unseren Bundestagskandidaten Thomas Grämmer vor.



## SOZIALDEMOKRATISCHE KLIMAPOLITIK

PLÄDOYER FÜR EINE SOZIALÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION!

Das Klimacamp bei Nacht: Nasser Ahmed und Kerstin Gardill wagen den Versuch eine Nacht im Klimacamp zu übernachten.

von NASSER AHMED UND KERSTIN GARDILL

Die Klimakrise war wegen des Einsatzes beherzter Schüler\*innen von Fridays for Future das politische Top-Thema der vergangenen Jahre. Durch die Corona-Pandemie – der schlimmsten Pandemie seit der Spanischen Grippe – ist die Klimakrise jedoch abrupt aus den Schlagzeilen herausgefallen. Einerseits ist das nachvollziehbar, da die „Corona-Krise“ im Hier und Jetzt die existenzielle Herausforderung schlechthin darstellt. Daher ist es auch absolut richtig, alle politische Kraft vorerst in die Lösung dieser Krise zu stecken. Andererseits

nährt das die Sorge der Klimaaktivist\*innen, dass unter dem Vorwand der Corona-Krise die Umsetzung der herausfordernden Klimaziele „beerdigt“ wird.

**Für uns als Sozialdemokraten muss klar sein: die Überwindung der Corona-Krise und der Klima-Krise dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!**

Der Grund muss auch klar benannt werden: die zugrundeliegenden Probleme beider „Krisen“ sind zu einem großen Teil menschengemacht und nicht natur- oder gottgegeben. Das erkennt man in der Klimapolitik etwa daran, dass eine Transformation der Automobilindustrie und der Ausstieg aus der Kohlenenergie seit Jahrzehnten aufgrund von Lobby-Interessen verschleppt wird. Und in der Pandemie wird eine Reihe von Versäumnissen und Verfehlungen der letzten Jahrzehnte wie „durch ein Brennglas“ verstärkt: der Lehrer\*innen-Mangel sowie das Fehlen digitaler Infrastruktur an Schulen, schlecht ausgestattete Gesundheitsämter, zu wenig und schlecht bezahltes Personal an Kliniken und eine Gesellschaft, die im Zweifelsfall unbezahlte Care-Arbeit auf Frauen abwälzt. All diese Punkte sind keine Zwangsläufigkeit, sondern Ausfluss neoliberaler Politik der letzten Jahrzehnte. Das Primat des Profits über unser Leben zeigt sich gerade jetzt im Lockdown – wo alle Hebel in Bewe-

gung gesetzt wurden, um Lieferketten abzuschern, Büros offenzuhalten, die Bundesliga für TV-Gelder offen zu halten – während es bis heute, ein Jahr nach Beginn der Pandemie, immer noch kein tragfähiges Konzept für Kitas, Schulen und die Bedürfnisse von Kinder und Jugendlichen gibt.

**Wir brauchen eine neue Wirtschaftsordnung: Green New Deal!**

Klima- und Corona-Krise sind im Grunde menschengemacht. Um sie in den Griff zu bekommen, braucht es eine Transformation des heutigen Wirtschaftssystems, welches nachweislich zulasten der Umwelt und natürlicher Ressourcen der Entwicklungsländer geht sowie zu einer Prekarisierung der Mittelschichten auch in Deutschland führt. Damit muss Schluss sein!

Die Corona-Krise darf folglich nicht die Klimapolitik verlangsamen, sondern kann Auftakt eines sozial-ökologischen Transformations der Wirtschaft sein. Menschen erkennen jetzt in der Krise endlich: Wirtschafts- und Finanzpolitik sind menschengemacht und wir können gegensteuern!

Gerade jetzt, da die Wirtschaft Konjunkturprogramme benötigt, sollte der Staat verkrustete Strukturen, wie etwa in der Automobil-

industrie, nicht etwa alimentieren. Der Staat sollte nur in zukunftssichere und nachhaltige Bereiche investieren: etwa nur in den Bereich der Elektro- und Wasserstoff-Mobilität.

Zudem sind wirtschaftliche Zukunftsfelder für eine nachhaltige Wirtschaft endlich auch als zentrale Felder der Wirtschaftspolitik zu etablieren: die Wind- und Solarenergie-Branche, E-Mobilität, nachhaltige Nahrungsmittel-Industrie, biologische Landwirtschaft und viele mehr müssen endlich in der öffentlichen Debatte und der wirtschaftspolitischen Realität einen höheren Stellenwert erhalten, als Mineralölunternehmen, Automobil- und Luftfahrtindustrie.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen wir eine Wirtschaftsordnung etablieren, in der das entscheidende Maß der Mensch und seine Umwelt sind. Nicht Profitstreben und das „anything goes“ (dt. „alles ist Möglich“) der entfesselten, globalen Marktwirtschaft.

Anstatt bei einer Transformation der Wirtschaft jedoch – wie die Grünen – auf Verbote zu setzen, wollen wir mit klugen Konzepten den Umstieg schaffen. Wir wollen nicht mit plumpen Maßnahmen, wie dem „Dieselverbot“ verbieten und moralische Diskussionen über „autofreie Städte“ bevormunden und Millionen Arbeitnehmer\*innen in der Automobilindustrie verunsichern. Vielmehr wollen wir, dass Elektro- und Wasserstoff-PKW in Deutschland von gewerkschaftlich gut organisierten Arbeitnehmer\*innen gebaut werden. Für saubere Autos der Zukunft wird in sozialdemokratisch geführten Städten Platz bleiben.

Der massive Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs, des Radwegeausbaus und eine echte Stärkung des DB-Fernverkehrs scheidert zudem bislang an unfähigen und unwilligen CSU-Verkehrsministern. Durch den benötigten Ausbau in allen drei Bereichen könnten

Millionen Arbeitsplätze entstehen – vom Planungs- und Ingenieurbüro über Maschinenbauunternehmen bis hin zu den Bauunternehmen vor Ort würden alle profitieren. Zudem profitieren wir alle durch eine bessere Luft, wenn dadurch mehr Menschen die Chance haben, freiwillig vom Verbrenner-Auto umzusteigen.

Politik und Wirtschaft sind menschengemacht. Sie können verändert werden. Das muss unsere Botschaft sein! Wir müssen uns stärker abgrenzen vom klimapolitischen Kurs der CSU und auch von dem der Grünen.

Die CSU will keine zu großen Eingriffe in die Wirtschaft. Alles soll durch „Anreize und Technologie“ gelöst werden. Der Markt regelt den Rest. Das ist gescheitert! Die Grünen hingegen setzen zu häufig beim Einzelnen an und delegieren Verantwortung auf den kleinen Mann und die kleine Frau: „iss kein Fleisch“, „fahr kein Auto“, „wenn du Auto fährst, dann nur einen teuren E-Wagen“, etc.

Wir als SPD setzen auf den Wandel der Wirtschaft im Sinne aller Menschen. Alles ist menschengemacht, wir können die Wirtschaft transformieren. Wir sollten den Mythos der Wirtschaft, die sich selber regelt, ein für alle mal beerdigen. Wir geben einen Rahmen für die Wirtschaft – anhand klaren Spielregeln.

Dafür müssen wir jetzt die richtigen Fragen für die sozial-ökologische Transformation aufwerfen und breit in der Gesellschaft diskutieren: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wie kann jeder Mensch in unserer Gesellschaft Zugang zu sozialer Teilhabe erhalten? Wie sieht für uns eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft aus? Wie ermöglichen wir den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge auch in Zukunft? Wie positionieren wir uns als SPD in der Wachstumsdebatte und der um das Bedingungslose Grundeinkommen?



Nasser Ahmed und Kerstin Gardill im Nürnberger Klimacamp.

# GESCHLECHTSSPEZIFISCHE ROLLENVERTEILUNG IN ZEITEN DER PANDEMIE

von GABRIELE PENZKOFER-RÖHRL  
und GABRIELA HEINRICH, MDB

Die Pandemie hat uns alle vor neue Herausforderungen gestellt. Mit dem Beginn des ersten Lockdowns vor nunmehr einem Jahr waren wir alle dazu aufgerufen, Kontakte zu reduzieren und wenn möglich zu Hause zu bleiben. Das gilt auch im Job: Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich der Arbeitsplatz nach Hause verlagert. Homeoffice kann einige Vorteile mit sich bringen: keine langen Arbeitswege, geschweige denn Fahrtkosten und stattdessen mehr Flexibilität, gerade für Familien. Genau das kann aber auch ein Nachteil sein.

Wenn Kitas und Schulen schließen und Kinder zu Hause betreut werden müssen, fällt der zusätzliche Aufwand häufig auf Frauen zurück. Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger spricht dann von einer „Re-Traditionalisierung“ geschlechtsspezifischer Rollenverteilung. Anlässlich des Internationalen Frauentags konnten wir die Autorin und Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung für eine Veranstaltung der SPD-Stadtratsfraktion gewinnen. Im Online-Format sprachen wir mit ihr darüber, wie sich die Pandemie auf die Rollenverteilung von Männern und Frauen ausgewirkt hat. „Wir“ – das sind Gabriele Penzkofer-Röhl, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion und Gabriela Heinrich, Nürnberger Bundestagsabgeordnete und Menschenrechtspolitikerin. Danach gab es eine spannende Diskussion mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die auch von ihren Erfahrungen berichten konnten und eigene Anregungen einbrachten.

## Schon vor der Pandemie hakte es bei der Geschlechtergerechtigkeit

Erst kürzlich hat Jutta Allmendinger ein Buch zum Thema herausgebracht. Der Titel: „Es geht nur ge-

meinsam! Wie wir endlich Geschlechtergerechtigkeit erreichen“. Unter diesem Zeichen stand auch ihr Vortrag: „Es geht nur gemeinsam!“. Denn vor es schon vor der Pandemie Probleme gab, haben sich diese jetzt noch weiter verschlechtert. Um diesen Entwicklungen entgegenzusteuern, braucht es einen gemeinsamen Kraftakt.

Aber von vorne: Wo hakte es sowieso schon? Allmendinger weist auf drei zentrale Punkte hin. Erstens verdienen Frauen noch immer bedeutend weniger als Männer. Der sogenannte „Gender Pay Gap“, also das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern, lag in diesem Jahr bei 18 Prozent. Zweitens arbeiten Frauen, insbesondere Mütter, deutlich häufiger in Teilzeit. Daraus ergibt sich für sie eine sehr viel niedrigere Rente. Drittens leisten Frauen mehr Pflegearbeit als Männer. Dabei geht es Allmendinger zufolge nicht nur um die Kinderbetreuung, sondern auch um die Hausarbeit, Gartenarbeit oder etwa die Pflege der Eltern. All dies wurde durch die Pandemie noch verstärkt. Kitas und Schulen wurden geschlossen, ohne die Eltern in die öffentliche Diskussion einzubeziehen. Dieser abrupte Wegfall der Infrastruktur für die Kinderbetreuung stellte Familien plötzlich vor eine große Herausforderung – eine Herausforderung, die in vielen Fällen von Frauen geschultert wird.

## Homeoffice ist nicht geschlechtsneutral

Hier setzt jetzt die von Allmendinger beschriebene „Re-Traditionalisierung“ ein. Wenn Frauen neben dem eigenen Job gleichzeitig Hausarbeit, Kindererziehung und sogar „Homeschooling“ – also das Unterrichten von zu Hause aus – jonglieren, führt das zu einer mentalen Überlastung. Die Folge: Immer mehr Frauen ziehen sich teilweise oder sogar ganz aus dem Arbeitsmarkt zurück. So haben mehr Frauen als Männer ihre Arbeitszeit während der Pandemie reduziert oder gar gekündigt. Und das dauerte

auch über das Ende des ersten Lockdowns fort: Männer fanden Allmendinger zufolge deutlich schneller zurück in die bezahlte Erwerbstätigkeit, während Frauen weiter einen Großteil der unbezahlten Pflegearbeit leisteten – oft zulasten des eigenen Berufs.

## Es geht nur gemeinsam!

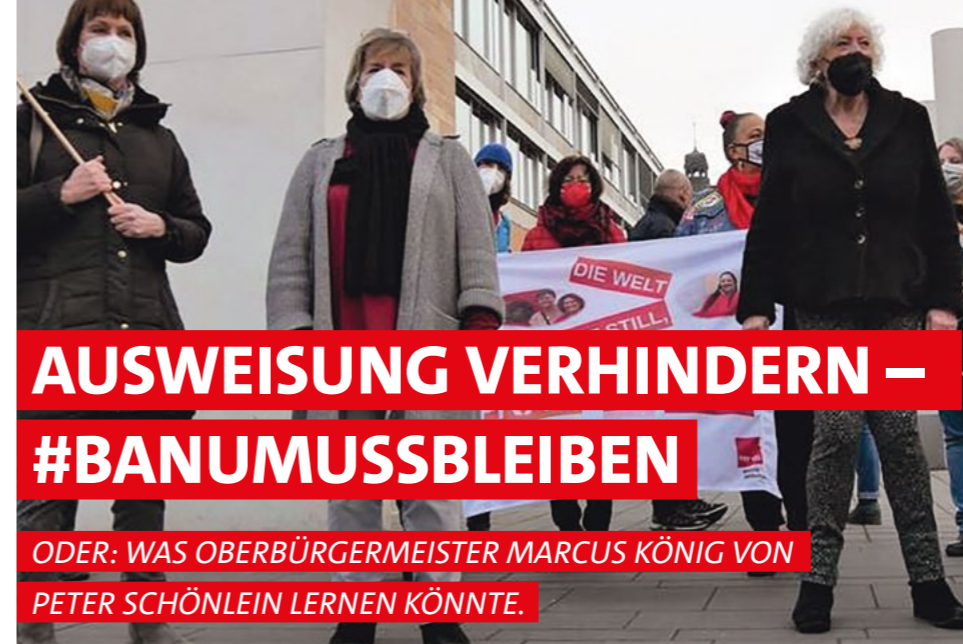
Was bedeutet das für die Zukunft? Allmendingers Prognose ist erst mal düster. Sie sieht die Fortschritte in Sachen Geschlechtergerechtigkeit um viele Jahre zurückgedreht. Diese Entwicklungen nun wieder rückgängig zu machen, erweise sich als schwierig. So verhindert das Homeoffice durch die fehlende Präsenz am Arbeitsplatz zudem, dass Frauen neue Kontakte und Netzwerke aufbauen und damit neue Karrierepfade betreten können. Die Hoffnung der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Homeoffice ist also nur begrenzt gegeben.

Und hier kommt Allmendinger wieder zurück zum Motto des Abends: „Es geht nur gemeinsam“. Frauen und Männer müssen am selben Strang ziehen, um Geschlechtergerechtigkeit wieder voranzutreiben. Das heißt auch, dass das Verhältnis von bezahlter Erwerbstätigkeit und unbezahlter Pflegearbeit besser zwischen den Geschlechtern verteilt werden muss. Eine Chance sieht Allmendinger deshalb in der 32-Stunden-Woche – und zwar für beide Elternteile. Analog zum Mutterschutz schlägt sie außerdem eine Vaterschaftsfreistellung vor, sodass Männer bereits nach der Geburt des Kindes die Möglichkeit haben, sich aktiv in die Kinderbetreuung einzubringen. Auch im Ehegattensplitting sieht Allmendinger eine Barriere für Frauen und befürwortet stattdessen ein Familiensplitting. Beides findet sich auch im aktuellen Zukunftsprogramm der SPD wieder.

Es gibt noch viel zu tun. Gemeinsam müssen wir es angehen. Wir nehmen die vielen Anregungen des Abends mit in unsere politische Arbeit im Stadtrat und im Bundestag.

und Künstler. Mitte des Jahres werden die vielen kleinen Ateliers auf AEG geschlossen und müssen einem Neubaugebiet weichen. So schön die Schaffung von Wohnraum ist, so wichtig ist es auch, neuen Zwischennutz für Künstlerinnen und Künstler zu finden.

Den Nürnberger Westen rund um die ehemalige Quelle, AEG und Triumph trifft es mal wieder. Der Erhalt der Arbeitsplätze vor Ort und die liebgelebte Kulturlandschaft muss erhalten werden.



## AUSWEISUNG VERHINDERN – #BANUMUSSBLEIBEN

ODER: WAS OBERBÜRGERMEISTER MARCUS KÖNIG VON  
PETER SCHÖNLEIN LERNEN KÖNNTE.

von Dr. CLAUDIA KUPFER-SCHREINER

Seit mehr als vier Monaten setzt sich ein breites Bündnis unter Federführung von ver.di dafür ein, dass die Ausländerbehörde der Stadt Nürnberg das Ausweisungsverfahren einstellt, von dem die Nürnberger Ärztin Dr. Banu Büyükcavci bedroht ist. Wir als SPD Nürnberg stehen solidarisch an ihrer Seite. Hier lohnt auch ein Blick in das Jahr 1989, als Peter Schönlein Oberbürgermeister unserer Stadt war.

## #BanuMussBleiben

Am 31. März versammelten sich zum 16. Mal ca. 170 Personen für eine Mahnwache, um gegen die drohende Ausweisung der türkischen Ärztin zu protestieren, eine Fachärztin, die seit mehr als zehn Jahren in Nürnberg arbeitet, hochgeschätzt ist und sich nichts hat zuschulden kommen lassen. Lediglich für die Mitgliedschaft in der TKP/ML, der marxistisch-leninistischen Partei der Türkei, wurde sie zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, ohne dass ihr Gewalttaten vorgeworfen wurden. Dass sie überhaupt angeklagt werden konnte, ermöglichte (nach § 129b StGB) die Verfolgungsermächtigung des Bundesjustizministeriums (wir berichteten ausführlich in der Februar-Ausgabe des DSP).

Ohne erkennbaren Anlass – das Urteil liegt weder schriftlich vor noch ist es rechtskräftig – hat nun die Ausländerbehörde der Stadt ein Ausweisungsverfahren eingeleitet und prüft, ob Dr. Büyükcavci „die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die freiheitliche demokratische Grundordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland gefährdet“.

## Die SPD Nürnberg an Banus Seite

Gegen diesen absurden Vorwurf wehrt sich die ver.di Initiative #BanuMussBleiben, in der sich Banus Ärztekolleg\*innen, Gewerk-

schafter\*innen, Amnesty International und zahlreiche weitere Organisationen und Einzelpersonen zusammengeschlossen haben.



Auch wir, die SPD Nürnberg, sind von Anfang mit dabei, mit Thorsten Brehm, Gabriela Heinrich, Nasser Ahmed, Arif Taşdelen, den Jusos und Aktiven aus den Ortsvereinen, allen voran aus Lichtenhof mit Julia Ringler, der Vorsitzenden, und Claudia Kupfer-Schreiner als SPD-Vertretung im Kernteam der Initiative. Wir haben uns an die Bundesjustizministerin Christine Lambrecht gewandt, mündliche und schriftliche Appelle an den Bayerischen Innenminister, an die Nürnberger Ausländerbehörde und den Oberbürgermeister Marcus König gerichtet.

Im Februar gestaltete die SPD Nürnberg mit dem Lichtenhofer Ortsverein eine Mahnwache, bei der Klaus Schrage in seiner Funktion als Sprecher der DJU (Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union) in ver.di für Mittelfranken auf die Menschenrechtsverletzun-

gen in der Türkei hinwies. Und am 10. März hielt die Ehrenbürgerin der Stadt und ehemalige Familienministerin Renate Schmidt einen gewohnt kämpferischen und klaren Beitrag bei der Mahnwache der ver.di-Frauen.

Auch Nasser Ahmed hat sich bei den Mahnwachen mehrfach zu Wort gemeldet und sich vehement in der Partei und im Stadtrat dafür eingesetzt, dass die Ausländerbehörde das Ausweisungsverfahren einstellt. Zusammen mit Réka Lörincz von den Grünen und Titus Schüller von den Linken hat Nasser Ahmed großen Anteil daran, dass am 27. Januar im Ferienausschuss des Stadtrates – mit den Stimmen der CSU und des Oberbürgermeisters – folgender einstimmiger Beschluss gefasst wurde: „Nürnberg setzt sich beim Bayerischen Innenministerium dafür ein, dass Frau Dr. Dilay Banu Büyükcavci nicht ausgewiesen und ihr ein weiterer Aufenthalt in Deutschland ermöglicht wird, um sie vor der möglichen Gefahr der Folter oder Inhaftierung in der Türkei zu schützen“.

## Peter Schönlein spricht ein Machtwort

Nun könnte man erwarten, dass der Nürnberger Oberbürgermeister diesen Worten auch Taten folgen lässt, Verantwortung übernimmt und sich gemäß dem Beschluss an den Innenminister wendet. Doch Marcus König zieht sich auf Nicht-Zuständigkeit zurück. Kein Wort auch dazu, dass die Ausländerbehörde ihren Ermessensspielraum zugunsten der Beschuldigten nutzen sollte.

Ganz anders Peter Schönlein 1989 im Fall des Kurden Cengiz Yürü, dem das Bayerische Innenministerium einen politischen Maulkorb verpassen und seine Bewegungsfreiheit auf den Bezirk Mittelfranken einschränken wollte: Peter Schönlein, damals ebenfalls nicht formal zuständig, hat sich nach (zugegebenermaßen einigem Zögern) am 15. Februar 1989 direkt an den damaligen Bayerischen Innenminister Dr. Edmund Stoiber gewandt. Dies führte letztendlich dazu, dass das Verfahren eingestellt wurde. Vielleicht sollte sich Marcus König ein Beispiel an seinem Vorgänger Peter Schönlein nehmen?

Wir von der SPD Nürnberg sind auch nicht formal zuständig, sind aber solidarisch und übernehmen Verantwortung dafür, dass Banu ohne Wenn und Aber bei uns bleiben, leben und arbeiten kann. Das ist unsere Verpflichtung als SPD, die sich schon immer gegen Willkür, Diktatur und für Freiheit eingesetzt hat. Und wir versprechen, wie es Renate Schmidt in ihrer Rede gesagt hat: „Wir werden solange hier stehen, bis das Ausweisungsverfahren gestoppt ist. Zu denken, dass sich das schon von selbst erledigt und wir aufgeben, ist reines Wunschdenken“.

# KAMPF UM DIE ARBEITSPLÄTZE BEI CONRAD

## FREIE FLÄCHEN FÜR

## KULTUR NUTZEN

von KEVIN KIENLE, SERPIL SAGLAM  
und MICHAEL ZIEGLER

Mit großer Bestürzung haben wir die Ankündigung der Unternehmensleitung von Conrad-Elektronik vernommen, die Nürnberger Filiale, mit 72 Jahren die älteste Zweigstelle der Firma, zu schließen. Wir im Nürnberger Westen haben eine leidvolle Erfahrung mit der Schließung von Traditionsmarken. Nun passiert dies mit Conrad.

Noch ist Zeit bis November. Wir fordern die Stadtpolitik auf, für diesen Handelsstandort und vor allem die 32 Arbeitsplätze zu kämpfen. Das Schicksal von Conrad ist auch ein Aufruf an uns alle, so viel es geht, beim Fachhandel persönlich zu kaufen. Wir alle müssen uns an unsere Nasen fassen.

Alein das Beispiel Conrad zeigt, wie schnell Traditionsmarken aus Nürnberg verschwinden. Dazu kommt im Nürnberger Westen ein steigender Mangel an Flächen für Künstlerinnen

# EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT

- EIN GESPRÄCH ÜBER DAS WAS IST UND DAS WAS SEIN SOLL -

von KERSTIN GARDILL UND NASSER AHMED

Lange haben wir darüber diskutiert, ob das Thema Sozialpolitik überhaupt geeignet ist für unser Facebook-Live-Format, weil es sich doch um ein ungemein breites Themenfeld handelt. Wir haben uns trotzdem dafür entschieden, weil es sich um ein zentrales sozialdemokratisches Politikfeld handelt. Unsere Schwerpunkte setzten wir hierbei auf die Themen Pflege und die Grundsicherung von Menschen – das Thema Arbeit werden wir in einer gesonderten digitalen Veranstaltung ansprechen.

## Sicherheit und sozialer Ausgleich

Als Gesprächspartner:innen standen uns dankenswerterweise Expert:innen zur Verfügung, die dieses Thema aus unterschiedlichen Perspektiven erläutern konnten. Wie etwa die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion, Diana Liberova und Jasmin Bieswanger, ebenfalls SPD-Stadträtin, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion und zugleich Intensivkrankenschwester. Besonders gefreut haben wir uns über die Teilnahme zweier exponierter Vertreter:innen „unseres“ Wohlfahrtsverbandes: Ina Schönwetter-Cramer und Michael Schobelt, beide hauptamtliche Vorstände der Nürnberger Arbeiterwohlfahrt. Schönwetter-Cramer war bis vor kurzem Leiterin eines Nürnberger Alten- und Pflegeheimes. Alle Expert:innen waren sich einig: Eine Gesellschaft kann nur so gut sein, wie sie grundsätzlich mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht – sei es „schwach“ aufgrund von Krankheit, aufgrund von schwierigen Situationen oder anderen Umständen. Denn: Die Hauptaufgabe eines funktionierenden Sozialstaates muss es immer sein, für sozialen Ausgleich und damit für Sicherheit zu sorgen.

## Fokus auf den Menschen

Klares Ergebnis der etwa eineinhalb Stunden dauernden Debatte: Wir müssen deutlich mehr als es bislang der Fall ist einen größeren Fokus auf den Menschen und weniger auf den Profit legen. Das gilt vor allem für den Bereich der Gesundheit und Pflege, aber auch für jene, die aus welchen Gründen auch immer in eine soziale oder wirtschaftliche Schieflage geraten sind. Die Corona-Pandemie hat uns allen schmerzhaft die Defizite unseres bisherigen Sozialstaats gezeigt. Und sie hat uns ebenfalls gezeigt,



wie wichtig eine Sozialdemokratie ist, die sich auf ihre Kernelemente konzentriert, nämlich auf die der sozialen Gerechtigkeit und die der Arbeit. Unser SPD-Zukunftsprogramm gibt hier die richtigen Antworten, auch darin waren sich unsere Gesprächspartner:innen einig. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang: Die Überwindung von Hartz IV und die damit verbundene Einführung des Bürgergeldes, dessen Regelsatz in Zusammenarbeit mit den Sozialverbänden festgesetzt werden soll, genauso wie die Forderung, endlich eine Bürgerversicherung im Pflege- und Gesundheitsbereich einzuführen.

## Ethikkommission und Grundeinkommen

Unsere Diskussion endete mit der Erkenntnis, dass sie „nur“ ein erster Auftakt gewesen sein kann und wir folgenden wichtige Punkte für uns mitgenommen und weiterbearbeiten werden. Dazu gehört das Thema Menschenwürde in der Pflege, das der SPD-Stadtrat mit einem Antrag für eine Ethikkommission berücksichtigt und sich damit mit der Frage auseinandersetzt, welche Pflege wir wollen, welche Arbeitsbedingungen wir brauchen und wie wir es endlich zu einer Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen schaffen können. Dazu gehört aus unserer Sicht aber auch eine offene Debatte über ein mögliches bedingungsloses Grundeinkommen.

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Der Entwurf für das SPD-Wahlprogramm ist ein Zukunftsprogramm – und heißt deswegen auch so. Wir wollen wieder Verantwortung übernehmen und das Land in eine gute Zukunft führen: Sozial. Digital. Klimaneutral.

Dabei betonen wir das gesellschaftliche Miteinander und den Respekt. Wir wollen nicht nur für diejenigen klatschen, die in der Krise an vorderster Front standen und stehen. Wir wollen, dass diese mehr Geld in der Tasche haben – und den Schutz eines starken Sozialstaates. Respekt ist ein Kernpunkt unseres Zukunftsprogramms und bedeutet auch gute Arbeit und eine starke gesetzliche Rente.

In einem sozialen Land kann man von Arbeit gut leben. Nachdem wir den Solidaritätszuschlag für über 90 Prozent der Betroffenen abgeschafft haben, wollen wir kleine Einkommen und die breite Mittelschicht weiter steuerlich entlasten. Nur die obersten 5 Prozent sollen einen höheren Beitrag für die Zukunftsinvestitionen im Land leisten. Kleinere Einkommen wollen wir zudem noch stärker von Sozialabgaben entlasten. Respekt bedeutet auch gute Arbeit. Dafür wollen wir den gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf 12 Euro anheben. Wir wollen das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen genauso durchsetzen wie gleichen Lohn für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter – und zwar vom ersten Tag an. Neue Modelle und auch Lohnfortzahlung sollen den Beruf mit Familie und Pflege besser vereinbar machen.

Ein starker Sozialstaat stabilisiert ein Land und macht es krisenfester. Dazu muss in Zukunft eine Kindergrundsicherung gehören. Es geht dabei aber gerade nicht nur um Geld, sondern um Chancen und ein familienfreundliches Land: Bundesweit beitragsfreie Kitas für Alle, ein Ganztagsangebot für Schulkinder, eine soziale Infrastruktur für Jugendliche und freie Fahrt mit Bus und Bahn im Nahverkehr. Gleichzeitig wollen wir für bezahlbaren Wohnraum sorgen. Es nützt ja nichts, wenn Familien mehr Geld in der Tasche haben und das dann gleich wieder an den Vermieter zahlen müssen. Für den Zusammenhalt braucht es zudem eine starke soziale Infrastruktur – für Familien, für Ältere, für Menschen mit Behinderung, für die Integration: Anlaufstellen, Treffpunkte für Austausch, Ehrenamt, Sport und Kultur.

Die Pflegeversicherung wollen wir zur Vollversicherung ausbauen. Pflegebedürftigkeit darf nicht in die Sozialhilfe führen. Im ersten Schritt müssen die Eigenanteile für die Kosten eines Pflegeheimplatzes begrenzt werden. Für eine starke Sozialversicherung brauchen



wir die Bürgerversicherung – mit mehr Einzahlerinnen und Einzählern ins System. Wir haben das Rentenniveau bereits bis 2025 mit dem Konzept der „doppelten Haltelinie“ gesichert. Jetzt geht es darum, auch für die Zeit danach die Weichen für eine möglichst starke gesetzliche Rente zu stellen – auch das gehört zum Respekt vor Lebensleistung.

Die Digitalisierung ist eine Chance – nicht nur, um sich Behördengänge zu ersparen, sondern auch für neue Jobs. Dazu brauchen wir das Recht auf Weiterbildung, das Recht auf einen Ganztagsschulplatz, Bundesinvestitionen in digital ausgestattete und sanierte Kitas und Schulen sowie gebührenfreie Bildung: Von der Kita bis zum Studium, von der Aufstiegsfortbildung bis zu den Techniker- und Meisterkursen im Handwerk. Mit dem Bürgergeld wollen wir das Arbeitslosengeld II ablösen – mit einem Weiterbildungsbonus und dem Prinzip, dass man in den ersten zwei Jahren keine Sorge davor haben muss, sich eine billigere Wohnung suchen zu müssen oder das Ersparnis aufzubrauchen. Auf Chancen setzen wir auch für Langzeitarbeitslose mit den Lohnkostenzuschüssen und enger Betreuung auf dem Weg zurück in die Arbeit. Eine Gesellschaft der Aufstiegschancen ist die notwendige Grundlage, um die Digitalisierung mit sozialer Gerechtigkeit zu verknüpfen. Niemand darf zurückgelassen werden,

und wir müssen verstärkt für die digitale Teilhabe sorgen. Auch kleine Betriebe, soziale Organisationen und Vereine brauchen Unterstützung bei der Digitalisierung.

Klimaschutz ist eine Zukunftschance. Sowohl Nürnbergs als auch Deutschlands Zukunft ist klimaneutral. Ob Wasserstoffstrategie, Energieeffizienz oder Klimaschutztechnologie – hier können die Arbeitsplätze der Zukunft entstehen. Deutschland soll den Strom bis zum Jahr 2040 vollständig aus erneuerbarer Energie beziehen. Wir wollen einen Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen, um alle weiteren Schritte auf dem Weg zum klimaneutralen Land zu gehen. Alle geeigneten Dächer von öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten sollen in Zukunft für die erneuerbare Energie genutzt werden. Außerdem wollen wir den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität. Die Umlage für erneuerbare Energien wollen wir bis 2025 abschaffen und dafür sorgen, dass eben nicht allein die kleinen und mittleren Einkommen über höhere Strompreise die Energiewende bezahlen. Statt auf Verbote und höhere Preise setzen wir auf eine sozial gerechte Klimapolitik.

So wollen wir gemeinsam die Zukunft gestalten: Für ein Land, das sozial, digital und klimaneutral ist!

## Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Thorsten Brehm,  
Vanessa Kurowski

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Redaktionsanschrift:  
der springende punkt  
Karl-Bröger-Str. 9  
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



# KÜRZUNG DER MITTEL FÜR JUGENDARBEIT: BREITE SOLIDARISIERUNG GEGEN AFD-ANTRAG IM LANDTAG

von ARIF TAŞDELEN, MdL

**Wir stehen fest an der Seite der bayerischen Jugendverbände und verurteilen unhaltbare Anschuldigungen der AfD**

Mit Entsetzen habe ich den Antrag der AfD im Bayerischen Landtag zur Kenntnis genommen, der eine Reduzierung der Haushaltsmittel für den Bayerischen Jugendring (BJR) vorsieht. Die Begründung der AfD: Einige Mitgliedsorganisationen des BJR – namentlich die Sozialistische Jugend, Die Falken – stünden nicht „auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.“ Dass diese Behauptung von einer rechtsextremen Fraktion kommt, die eben-



Foto: Lennart Preis

diese freiheitlich-demokratische Grundordnung nur allzu häufig mit Füßen tritt, ist schon ein starkes Stück. Diese Begründung ist so hochgradig absurd, dass man darüber lachen könnte, wenn das Vorgehen der AfD nicht so gefährlich wäre.

**Die AfD zeigt einmal mehr ihr hässliches Gesicht**

Denn hinter dem an sich unspektakulären Haushaltsantrag steht viel mehr. Die AfD zeigt deutlich, was sie von einer freien und vielfältigen Jugendarbeit hält. Ich finde es

abscheulich, wie die AfD im Landtag gegen Jugendorganisationen hetzt, die sich täglich für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen und für Vielfalt und Toleranz einsetzen. Die AfD legt ein völlig unhaltbares Demokratieverständnis an den Tag, dem wir entschieden entgegengetreten.

**Breite Solidarisierung der Jugendorganisationen**

Der Antrag der AfD ist für mich unhaltbar und einfach unverschämt. Dies habe ich deutlich gemacht und unsere Solidarität gegenüber dem BJR und den bayerischen Jugendorganisationen noch einmal bekräftigt. Für dieses Bekenntnis zu einer bunten Jugendarbeit

habe ich die Unterstützung von zahlreichen Jugendverbänden aus ganz Bayern erhalten. Ich bin überwältigt von der Welle an Reaktionen und Solidaritätsbekundungen gegenüber den Falken. Ob konfessionelle Jugendverbände, Sportjugend, Pfadfinder, Kreisjugendringe oder Gewerkschaftsjugend: Fast 30 Jugendorganisationen in Bayern haben inzwischen die Aussagen der AfD als unhaltbar verurteilt.

**Jugendarbeit ist niemals neutral**

Wir haben in Bayern eine beeindruckende Vielfalt von jungen Menschen, die sich in

den verschiedensten Organisationen engagieren. Sie alle setzen sich für eine offene, plurale und gerechte Gesellschaft ein. Das ist gelebte Vielfalt und Demokratie! Dass Jugendverbände für ihre Werte eintreten, sollte in einer demokratischen Gesellschaft selbstverständlich sein. Unsere Jugendverbände leben ebenjene Meinungsfreiheit und -vielfalt vor, die für die AfD und andere Rechtsextreme ein Fremdwort ist. Denn Jugendarbeit ist niemals neutral, sie bringt die Perspektiven junger Menschen in die politische Diskussion ein und soll auch kritisch hinterfragen dürfen.

**Wir fordern eine Aufstockung der Mittel für die Jugendarbeit**

Jugendverbände brauchen in der aktuellen Krise mehr denn je unsere Unterstützung. Sie haben insbesondere in den vergangenen Monaten Enormes geleistet, um auch in Zeiten der Pandemie zumindest digitaler Ansprechpartner und virtuelle Anlaufstelle für junge Menschen zu sein. Um ihre Angebote weiter aufrechterhalten und an die Pandemie-Bedingungen anpassen zu können, sind sie auf die finanzielle Unterstützung des Freistaats angewiesen. Deshalb habe ich für den kommenden Haushalt eine Erhöhung der Haushaltsmittel für die Jugendarbeit um eine halbe Million Euro gefordert und eine Million Euro zusätzlich für einen Digitalisierungsfonds für unsere Jugendverbände beantragt. Die Antragstellung soll unkompliziert über die örtlichen Träger der Jugendarbeit möglich sein. Das Geld soll zum Beispiel für die Anschaffung von Videokonferenz-Systemen, digitalen Endgeräten, geeigneter Software und WLAN-Verstärkern verwendet werden können.

**Wir stehen fest hinter dem Bayerischen Jugendring und allen seinen Mitgliedsorganisationen**

In Zeiten, in denen Angriffe von Rechtsextremen auf politisch Andersdenkende zunehmen, ist es umso wichtiger, dass wir als Demokratinnen und Demokraten zusammenhalten. Wir als Landtagsfraktion stehen fest hinter dem Bayerischen Jugendring und allen seinen Mitgliedsorganisationen. Unsere Jugendorganisationen sind so vielfältig und meinungsstark wie die jungen Menschen, die in ihnen zusammenkommen. Genau in dieser Vielfalt liegt der unschätzbare Wert der Jugendarbeit in Bayern. Wenn diese Vielfalt angezweifelt und gefährdet wird, dürfen wir niemals schweigen. Wir müssen solidarisch sein mit Organisationen wie den Falken, denen die AfD gerne ein Sprechverbot erteilen würde. Kämpfen wir gemeinsam dafür, dass Jugendarbeit keinen Maulkorb bekommt!



von STEFAN SCHUSTER, MdL

Unsere Feuerwehr ist, wie ihr wisst, eines meiner Herzensthemen. Immer wieder gibt es Initiativen von der Landtagsfraktion und mir, um die Situation der bayerischen Feuerwehren zu verbessern. So auch letztes Jahr, damals habe ich als Innenpolitischer Sprecher mit der Landtagsfraktion ein umfassendes Antragspaket eingebracht. Leider wurden unsere Vorschläge pauschal abgelehnt. Umso mehr freut es mich, dass im Februar im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport eine Expertenanhörung zum Thema „Starke Feuerwehr in Bayern – Situation und Zukunft der Feuerwehr“ stattgefunden hat. Eine gute Gelegenheit auf die Probleme und Herausforderungen aufmerksam zu machen, die heute und in Zukunft auf unsere Freiwilligen sowie Berufsfeuerwehren zukommen.

Als Sachverständige waren bei der Anhörung Kreisbrandräte, Vertreter des Landesfeuerwehrverbandes, Vertreter des Bayerischen Gemeindetages und eine Professorin für Ehrenamtsforschung anwesend.

In der Anhörung wurden sieben Themenblöcke diskutiert: Die Situation der Feuerwehr in Bayern, Personalentwicklung und Nachwuchsförderung, Reformbedürftigkeit des Ehrenamts Kreisbrandrat, Digitalisierung und Ausstattung, Hilfe für Helfende, Anerkennungskultur stärken, sowie das Thema Fort- und Weiterbildung.

Zu Beginn stimmten alle Expert\*innen überein, dass akut keine größeren Probleme bei der bayerischen Feuerwehr bestehen. Im Laufe des Gesprächs mit den Abgeordneten stellte sich jedoch heraus, dass in Zukunft sehr große Herausforderungen auf die bayerischen Feuerwehren zukommen.

Ein großes Problem der Feuerwehren ist der stetige Personalarückgang, der jedes Jahr auf ein höheres Einsatzaufkommen trifft. Als Gründe hierfür wurden unter anderem die

# STARKE FEUERWEHR IN BAYERN – SITUATION UND ZUKUNFT DER FEUERWEHR

EXPERTENANHÖRUNG IM LANDTAG

Abwanderung der Bevölkerung vom Land in die Stadt, Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung und die komplizierte Vereinbarkeit des unflexiblen Ehrenamts bei der Feuerwehr mit Familie und Beruf genannt. Als Lösungen diskutierten die Expert\*innen und Abgeordneten eine Intensivierung der Werbekampagnen und eine Verbesserung der Anerkennungskultur durch Angebote wie eine Ehrenamtskarte. Weiterhin wurde über die Möglichkeit einer Einführung der Feuerwehrrente gesprochen, die Angehörige der freiwilligen Feuerwehren nach einer gewissen Zahl an Dienstjahren als Bonus zu ihrer Rente ausbezahlt bekommen. Abgelehnt wurde eine verstärkte monetäre Anerkennung des Ehrenamts, da dies den Sinn des ehrenamtlichen Engagements konterkarieren würde.

Einig waren sich die Experten und Abgeordneten, dass mehr Frauen für die freiwilligen Feuerwehren gewonnen werden müssen. Dies kann zum Beispiel durch mehr Frauen in Führungspositionen bei der Feuerwehr unterstützt werden. Auch Bürger\*innen mit Migrationshintergrund müssen mehr für das Ehrenamt bei der Feuerwehr begeistert werden.

Die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit dem Ehrenamt spielt besonders bei dem sehr zeitaufwendigem Ehrenamt Kreisbrandrat eine Rolle. Kreisbrandräte beraten und unterstützen das Landratsamt, die Gemeinden und die Feuerwehren in Fragen des Brandschutzes und des technischen Hilfsdienstes. Hier muss durch mehr Möglichkeiten zur Freistellung, Teilzeitbeschäftigung und Verteilung des Aufgabenbereichs auf mehrere Schultern Abhilfe geleistet werden. Die Wahl der Kreisbrandrät\*innen aus der Mitte der Feuerwehr-Kommandanten soll jedoch nach Ansicht der Expert\*innen bestehen bleiben. Die Einrichtung einer hauptamtlichen Stelle bei den Landkreisen wird somit abgelehnt.

Ein sehr wichtiger Indikator für die Attraktivität des Ehrenamts bei der freiwilligen Feuerwehr ist die Ausstattung dieser. In diesem Bereich sieht die SPD den größten Nachholbedarf. Feuerwehrgerätehäuser müssen saniert oder ganz neu errichtet werden, neue Fahrzeuge und Geräte müssen angeschafft werden und die Digitalisierung der Technik ist in vielen Be-

reichen noch nicht umgesetzt. Um diese Missstände zu beseitigen muss die Finanzierung durch den Freistaat Bayern deutlich ausgebaut werden. Aber auch die Vorgänge um die komplexen Ausschreibungen für Neuanschaffungen müssen durch Unterstützung des Freistaats für Kommunen vereinfacht werden.

Weiterhin ist die Digitalisierung im Bereich der Aus-, Weiter- und Fortbildung der Feuerwehrleute noch zu schwach ausgeprägt. Die umfassende und zeitintensive Ausbildung, die für den Dienst bei der Feuerwehr unerlässlich ist, stellt viele ehrenamtliche Feuerwehrleute vor große Herausforderungen. Durch einen verstärkten Einsatz digitaler Lerninhalte könnte die theoretische Ausbildung entzerrt und durch die Teilnehmer leichter und ohne größere Einschränkungen wahrgenommen werden.

Thema in der Anhörung war auch die sogenannte Hilfe für Helfende. Besonders ehrenamtliche Feuerwehrleute sind durch die hohe Zahl an Einsätzen und die psychische Belastung in den Einsätzen von Stress bis zu schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen. Dies erfordert eine starke Unterstützung der Einsatzkräfte durch zum Beispiel Seminare zur Vermeidung von Burnout durch ehrenamtliches Engagement oder einer möglichen Auszeit von den ehrenamtlichen Verpflichtungen (Sabbatjahr für Ehrenamtliche).

Mein Fraktionskollege Klaus Adelt und ich gehen aus der Anhörung mit dem klaren Fazit, dass eine vorrausschauende zukunftsgerichtete Politik für die Einsatzfähigkeit unserer bayerischen Feuerwehr unerlässlich ist. Ehren- und hauptamtliche Feuerwehrleute sorgen täglich unter Einsatz ihres Lebens für unsere Sicherheit. Dieses Engagement muss gewürdigt, gefördert und unterstützt werden. Deswegen behält die SPD-Landtagsfraktion die bayerischen Feuerwehren ständig im Blick, nimmt die Sorgen und Bedürfnisse der bayerischen Feuerwehren sehr ernst und bringt stetig konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der Situation im Landtag ein. So wurden erst zuletzt fünf Anträge aus den Erkenntnissen der Anhörung formuliert. Diese werden in den nächsten Wochen in den Landtag eingebracht.

# DIE JUSOS IM GESPRÄCH MIT DER NÜRNBERGER SCHÜLERVERTRETUNG

von ANIL ALTUN, stv. Vorsitzender der Jusos



Die meisten Interessensvertretungen der Jugend in unserer Stadt sind nur wenigen geläufig. Gleichzeitig streben diese selbstbewusst und kontinuierlich nach mehr Aufmerksamkeit in der Stadtgesellschaft und nach mehr Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse. Grund genug, sich zumindest kurz mit ihrer Arbeit zu beschäftigen.

Den Anfang macht die Nürnberger Schülervertretung. Dabei lässt sich ihre Grundstruktur wie folgt beschreiben: Jede Schulklasse der weiterführenden Schulen wählt Klassensprecher\*innen, diese wiederum ihre Schülersprecher\*innen. Gemeinsam mit weiteren engagierten Schüler\*innen bilden sie die „Schüler\*innen mit Verantwortung“ (SMV) und können an ihrer eigenen Schule konkrete Projekte gestalten. Auf der Stadtebene kommen alle Schülersprecher\*innen zusammen, um sich zu vernetzen und über das Engagement in der eigenen Schule hinaus gemeinsam zu agieren.

Auch ich war in der Stadtschülervertretung aktiv, unter anderem als Stadtschülersprecher, und kenne das Potenzial, aber auch die Herausforderungen, die ein solcher Zusammenschluss mit sich bringt und habe auch dazu mit Eren Taşkin, dem aktuellen Vorsitzenden der Stadtschülervertretung Nürnberg und ehemaligen Stadtschülersprecher, ein kurzes Interview geführt und das Ergebnis notiert.

## Kannst Du mir zum Einstieg kurz erklären, was die Aufgaben der Stadtschülervertretung sind?

Wir nehmen verschiedenste bildungspolitische Aufgaben wahr, welche allen Beteiligten des Nürnberger Schulalltags betreffen. Unsere Hauptaufgabe sehen wir darin, als Sprachrohr der Schüler\*innen aufzutreten und insbesondere diese auf der kommunalen Ebene zu vertreten. Die Meinungen der Schüler\*innen werden von uns in Gremien wie dem Schulausschuss, bei dem wir unter anderem ein Rederecht haben, oder gegenüber dem Schulreferat der Stadt Nürnberg persönlich weitergegeben. Durch diesen direkten Austausch wird ermöglicht, dass bei Schüler\*innen betreffenden Entscheidungen diese auch wirklich mitreden können.

## Das scheint wirklich anspruchsvoll zu sein. Wer engagiert sich den alles bei der Stadtschülervertretung, sind das – wie oft behauptet – nur Gymnasiast\*innen?

Das Gerücht, dass nur Gymnasiast\*innen bei uns aktiv sind, da sie „schlauer“ wären, ist selbstverständlich falsch. Die Stadtschülervertretung besteht aus dem Vorstand – dem\*r Vorsitzenden, dem\*r Stellvertretenden Vorsitzenden und dem\*r Schatzmeister\*in – sowie den Stadtschülersprecher\*innen. Hierbei gibt es insgesamt sechs Stadtschülersprecher\*innen, für jede Schulart eine\*n. Somit besteht eine gewisse Balance und wir können ein offenes Ohr für jede Schulart und ihre spezifischen Ideen und Probleme haben. Die Stadtschülersprecher\*innen werden jedes Jahr von Schülersprecher\*innen aus allen Nürnberger Schulen demokratisch direkt gewählt.

## Und welche Aktionen führt ihr normalerweise durch?

Am bekanntesten ist unsere alljährliche Rosenaktion am Valentinstag, bei der wir es den Schulen ermöglichen, dass sich Schüler\*innen über ihre Schule hinaus günstige Fairtrade-Rosen zuschicken können. Diese Aktion ist neben unserer Jahreshauptversammlung, in der wir unter anderem über unsere Forderungen debattieren, planungstechnisch unsere größte. Ansonsten veranstalten wir monatliche Sitzungen, zu denen jede\*r Schülersprecher\*in eine Einladung erhält. Bei diesen Sitzungen informieren wir die Vertreter\*innen aus allen Schulen über aktuelle Informationen, geben den Schüler\*innen untereinander die Möglichkeit sich zu vernetzen und veranstalten seit diesem Jahr auch Workshops, bei denen wir die Schülervertreter\*innen diverse Tipps für ihre SMV'en zur Hand geben. Selbstverständlich war das nur ein Beispiel unserer vielfältigen Aktionen.

## Habt ihr einen eigenen Ort, wo ihr euch immer treffen könnt?

Die Stadt-SV hat ihren Sitz in einem Turm an der Frauentormauer, den wir verschiedenen



Anil Altun, stv. Vorsitzender der Jusos

Organisationen zur freien Entfaltung und Arbeit zur Verfügung stellen und ihn mit diesen auch teilen. Beispielsweise teilen wir den Turm seit letztem Jahr mit dem Aelius-Förderwerk, welche sich für faire Bildungschancen unbeachtet der finanziellen und sozialen Hintergründe engagiert. Bald bekommt auch die Fridays-For-Future-Bewegung einen Platz bei uns.

## Wie hat sich eure Arbeit durch die Corona-Pandemie verändert?

Als kommunales Gremium sind uns bei Entscheidungen des Kultusministeriums die Hände gebunden, so geht es auch der Stadtregierung. Deshalb können wir nichts gegen allgemeine Regelungen wie die Notenvergabe etc. unternehmen, sondern nur kritisieren. Auch mussten wir die Rosenaktion, die Jahreshauptversammlung sowie unsere monatlichen Sitzungen absagen, da diese durch die bekannten Auflagen nicht durchgeführt werden konnten. Die Zeit haben wir jedoch anderweitig für vereinsinterne Angelegenheiten genutzt.

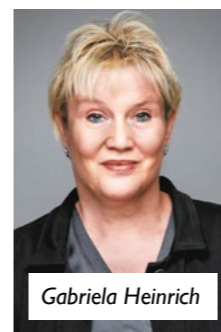
## Was wünschen sich die Schüler\*innen in der aktuellen Lage von der Stadt bzw. vom Land?

In erster Linie wünschen wir uns Klarheit über die für Schulen geltenden Pandemie-regelungen. All die Vorschriften, die nun seit einem Jahr gelten, gleichen einem Flickenteppich und sich nicht immer nachvollziehbar und berechenbar. So unterscheiden sich sogar die Regelungen zwischen den Nürnberger Schulen. Das wohl größte Problem für die Schüler\*innen ist aber die Unsicherheit. Niemand weiß, wann man zur Schule darf, und wenn ja, wie lange. Dazu kommt noch der Notendruck. Hier wünschen wir uns eine Entlastung durch eine klare und gerechte Lösung für alle Schularten, die jeden Schultyp genau betrachtet und dementsprechend behandelt. So könnten wir die schwierige Situation auch gut meistern.

# BAYERNSPD WÄHLT LANDESLISTE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021



Dr. Bärbel Kofler und Generalsekretär Uli Grötsch.  
Foto: Timm Schamberger



Gabriela Heinrich



Thomas Grämmer

Seit dem 13.03. steht die Liste der BayernSPD für die Bundestagswahl 2021 mit 46 tollen Kandidat\*innen. Auf der Landesvertreterversammlung, die pandemiebedingt draußen im Stadion des SC 04 Schwabach und unter strengen Hygieneanforderungen stattfand, hatten die Delegierten die Listenreihung samt Spitzenkandidatur beschlossen. Generalsekretär Uli Grötsch wird die Genossinnen und Genossen als Spitzenkandidat in den Wahlkampf führen. Auf Platz zwei und damit dem ersten Frauenplatz steht Dr. Bärbel Kofler. Damit ist die BayernSPD die erste Partei im Freistaat, die mit einer komplett fertigen Landesliste und mit einem offiziell nominierten Spitzenkandidaten bereit für den Bundestagswahlkampf ist.

Wind und Wetter machten auch unseren beiden Kandidat\*innen nichts aus. Gabriela Heinrich, unsere Kandidatin für den Wahlkreis Nürnberg Nord konnte Platz acht auf der Liste für sich bestimmen. Thomas Grämmer, der für den Wahlkreis Nürnberg Süd/Schwabach ins Rennen geht, hat den 31. Listenplatz ergattert. Wir freuen uns auf den Wahlkampf-Sommer mit unseren beiden Kandidat\*innen!

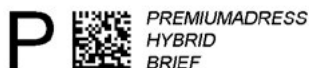
## BUNDESTAGSWAHL 2021

Bayern  
SPD

### Landesliste der BayernSPD zur Bundestagswahl 2021

Beschluss der Landesvertreterversammlung vom 13.03.2021 in Schwabach

1 Uli	Grötsch	Weiden
2 Bärbel	Kofler	Traunstein
3 Carsten	Träger	Fürth
4 Anette	Kramme	Bayreuth
5 Sebastian	Roloff	München-Süd
6 Rita	Hagl-Kehl	Deggendorf
7 Bernd	Rützel	Main-Spessart
8 Gabriela	Heinrich	Nürnberg-Nord
9 Christoph	Schmid	Donau-Ries
10 Claudia	Tausend	München-Ost
11 Andreas	Schwarz	Bamberg
12 Marianne	Schieder	Schwandorf
13 Michael	Schrodi	Fürstenfeldbruck
14 Sabine	Dittmar	Bad Kissingen
15 Andreas	Mehlretter	Freising
16 Ulrike	Bahr	Augsburg-Stadt
17 Johannes	Schätzl	Passau
18 Martina	Stamm-Fibich	Erlangen
19 Jörg	Nürnberger	Hof
20 Carmen	Wegge	Starnberg / Landsberg am Lech
21 Markus	Hümpfer	Schweinfurt
22 Carolin	Wagner	Regensburg
23 Jan	Plobner	Roth
24 Heike	Heubach	Augsburg-Land
25 Hannes	Gräbner	Bad Tölz-Wolfratshausen / Miesbach
26 Ramona	Brehm	Coburg
27 Severin	Eder	Rottal-Inn
28 Magdalena	Wagner	Erding / Ebersberg
29 Johannes	Foitzik	Amberg
30 Freya	Altenhöner	Würzburg
31 Thomas	Grämmer	Nürnberg-Süd
32 Seija	Knorr-König	München-West/Mitte
33 Harry	Scheuenstuhl	Ansbach
34 Regina	Leenders	Ostallgäu
35 Simon	Moritz	Kulmbach
36 Annette	Heidrich	Altötting
37 Tobias	Wüst	Aschaffenburg
38 Sigrid	Meierhofer	Weilheim
39 Vincent	Hogenkamp	Landshut
40 Jessica	Meier	Ingolstadt
41 Martin	Holderied	Oberallgäu
42 Pankraz	Schaberl	Rosenheim
43 Dennis	Schötz	Straubing
44 Christian	Wenzel	Straubing
45 Stefan	Werner	Landshut
46 Alexander	Klehr	Coburg



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



## PROGRAMM DER KARL-BRÖGER-GESELLSCHAFT

Die „Virtuelle Rote Galerie“ (<http://virtuelle.rote-galerie.de/>) ist das Online-Angebot der Roten Galerie. Als einzige Galerie in Nürnberg bietet sie die Möglichkeit, die ausgestellten Werke auch von zuhause aus zu genießen. Probiert diesen virtuellen Rundgang durch die Rote Galerie unbedingt aus!

### Vernissage mit der „Nürnberger Kunst Aktie“ und 10 Nürnberger Künstler\*innen

6. April 2021

zu sehen auf BRÖBRÖ und natürlich bei einem Spaziergang an unseren Schaufenstern Koberger Str. 57 und 59.

7. April 2021, 19 Uhr

„Zukunft der Soziokultur in Nürnberg“. Bröger-Vorstand Nasser Ahmed begrüßt Uli Glaser als Experten. Olga Komarova wird das aktuelle Projekt „KommVorZone“ des Amts für Kultur und Freizeit vorstellen, Michael Ziegler ist als kulturpolitischer Sprecher des SPD-Fraktion dabei.

28. April 2021, 19 Uhr

„Talk mit Thomas - Thomas Grämmer, SPD-Bundestagskandidat für Nürnberg-Süd und Schwabach im Gespräch bei der Karl-Bröger-Gesellschaft“. Mit ihm sprechen Doris Reinecke und Michael Ziegler. Über den Chat sind auch Fragen von euch möglich.

Alle Infos über [info@karl-broeger-gesellschaft.de](mailto:info@karl-broeger-gesellschaft.de)

Alles live oder zeitversetzt auf YouTube unter BRÖBRÖ Brögers Kulturbrötchen.

## ALLE TERMINE AUF EINEN BLICK / APRIL 2021

09.04.2021 – 19:00 Uhr

Vorstandssitzung der Digitalen Gesellschaft der SPD Mittelfranken  
Einwahldaten auf [spd-digital.com](http://spd-digital.com)

09.04.2021 – 20:00 Uhr

Alternative zu Microsoft OneDrive / Google Cloud aus Nürnberg - Digitale Gesellschaft der SPD Mittelfranken  
Einwahldaten auf [spd-digital.com](http://spd-digital.com)

12.04.21 19 – 19 Uhr

SPD Lichtenhof  
Online Mitgliederversammlung

12.04.21 19 – 20 Uhr

Facebook live mit Thorsten Brehm und Daniel F. Ulrich (Planungs- und Baureferent Stadt Nürnberg)  
<https://www.facebook.com/spd.nuernberg>

14.04.2021 ab 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl  
Digitale Ortsvereinsitzung, Bericht aus dem Stadtrat mit Fabian Meissner- Was passiert aktuell in der Südstadt?

18.04.2021 ab 10:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Steinbühl  
OV-Vorstand- weitere Planung der Sitzungen und Aktionen des Ortsvereins

24.04.2021 - 10:00 Uhr

Keht wird - SPD Muggenhof  
Treffpunkt Fürther Straße / Admira Einkaufszentrum

**Aufgrund der weiterhin geltenden Kontaktbeschränkungen müssen auch im April einige der geplanten Parteitermine ausfallen.**

**Aktuelle Informationen zu den Terminen finden sich auf der Website der SPD Nürnberg unter [www.spd-nuernberg.de](http://www.spd-nuernberg.de).**

Stadtratsfraktion  
Nürnberg

SPD

# RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: [www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de](http://www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de) oder facebook: SPD Nürnberg

## Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser  
der Rathausdepesche,



Corona bestimmt leider noch immer unseren Alltag, auch in Nürnberg. Dabei ist jede\*r einzelne von uns ganz individuell von den Auswirkungen der Pandemie betroffen. In der Kommunalpolitik arbeiten wir deshalb weiterhin und konsequent daran, den Alltag der Menschen im Großen wie im Kleinen verbessern und erleichtern zu können. Darüber hinaus beschäftigen uns weitere Themen der Stadtpolitik, von denen wir Ihnen einige Schlaglichter vorstellen möchten.

Im Jubiläumsjahr 2021 würdigen wir „1700 Jahre jüdisches Leben“ in unserer Stadt und bringen dafür im Rahmen einer übergreifenden Resolution konkrete Maßnahmen auf den Weg, um Begegnung zu ermöglichen, zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken und alltägliches, jüdisches Leben in Nürnberg sichtbar zu machen.

Den strukturellen Auswirkungen von Corona auf die Nürnberger Innen- und Altstadt wollen wir frühzeitig begegnen und setzen mit unserer Initiative „Erlebnisraum Altstadt“ einen klaren Handlungsansatz, um unsere Innenstadt nachhaltig und perspektivisch zu stärken. Mit unserem Antrag zur Stärkung des „Wissenschafts- und Forschungsstandortes“ wollen wir erreichen, dass Nürnberg weiterhin zukunftsfähig und erfolgreich bleibt. Wir entwickeln die Integrationsmaßnahmen der Stadt Nürnberg konzeptionell weiter und schaffen mit einer „Kommunalen Einzelfallkommission“ ein neues Beratungsgremium in Nürnberg. Zusätzlich setzen wir uns für eine vielfältige Unterstützung der Nürnberger Kulturszene ein und bringen auch hier ganz konkrete Sonderförderungen und -möglichkeiten auf den Weg.

Darüber und über viele weitere Themen können sie in unserer depesche lesen. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und wünsche eine angenehme Lektüre.

Ihre 

Dr. Anja Pröls-Kammerer / stv. Fraktionsvorsitzende

## SPD initiiert Konzept für umfassende Aufenthaltsqualität und Belebung der Innenstadt: „Erlebnisraum Altstadt“



Die Nürnberger Innenstadt steht im Angesicht des laufenden Strukturwandels vor großen Herausforderungen, die durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch weiter verstärkt werden. Bürobeschäftigte sind im Homeoffice, Einzelhandel, Kultur und Gastronomie mussten weitgehend schließen. Die öffentlichen Räume und Straßen sind allerdings in der Innenstadt noch nicht auf diesen Strukturwandel und die damit verbundenen Auswirkungen vorbereitet.

Die SPD verfolgt deshalb das Ziel, die Innenstadt als Teil eines vielfältigen öffentlichen Raums langfristig und zukunftsgewandt zu beleben und so für alle Bürger\*innen attraktiv zu halten. Hierfür haben wir als SPD per Antrag ein ämterübergreifendes Konzept zur langfristigen Schaffung und Erhaltung von Aufenthaltsqualität, Sicherung Nürnberg-spezifischer Architekturprägung, qualitativer Elemente und innovativen Maßnahmen für den öffentlichen Raum in >>

Nürnberg initiiert: Einen „Erlebnisraum Altstadt“ für alle.

Damit wollen wir unsere Innenstadt interdisziplinär zukunftsfit und zu einem vollumfänglichen Erlebnisraum machen, die vielen gesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht wird. Es müssen neue Prozesse unterstützt und begleitet werden, die weit über das hinausgehen, was wir bisher kennen. Und das geht nur kleinteilig - Objekt für Objekt, Straße für Straße, Platz für Platz. Wenn sich bei uns in der Innenstadt die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit trifft, in all ihren besonderen Ausprägungen, dann haben wir eine lebendige Innenstadt. Dazu wollen wir auch Orte schaffen, die den Dialog fördern und das Gemeinschaftsleben anregen.

Darüber hinaus sehen wir die Pflicht, jetzt die Stadtzentren zu stabilisieren und Leerstände zu vermeiden - denn leere Schaufenster führen zu leeren Einkaufsstraßen. Deshalb sollte jede freie Ladenfläche mit kleinen Pop-Up-Stores gefüllt werden oder Platz für Kunst und Kultur bieten. Damit kann es uns gelingen, dass – neben größeren Kaufhäusern – langfristig auch kleine inhabergeführte Läden in unserer Innenstadt zu finden sind.

#### Weitere Informationen:

**Christine Kayser; Claudia Arabackyj;  
Thorsten Brehm; spd@stadt.nuernberg.de**



## Stärkung des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Nürnberg



Nürnberg ist ein starker Wissenschafts- und Forschungsstandort. Vor allem durch die neue Technische Universität (TUN) wird

## Jüdisches Leben in Nürnberg. Sichtbar. Erfahrbar. Selbstverständlich.

Jüdinnen und Juden waren und sind ein selbstverständlicher und bereichernder Teil unserer Gesellschaft und Geschichte. Sie haben unser Land und unsere Stadt nachhaltig mitgeprägt, großartige Beiträge zum sozialen und kulturellen Leben gestiftet und mit Erfindergeist und Unternehmertum zur wirtschaftlichen Stärke beigetragen. Jüdisches Leben ist in Nürnberg in all seinen Facetten integraler Teil der Stadtgesellschaft und der Stadtgeschichte. Im Jubiläumsjahr 2021 würdigen wir 1700 Jahre jüdisches Leben in unserer Stadt und haben im Stadtrat dafür eine übergreifende Resolution auf den Weg gebracht:

Als Stadt des Friedens und der Menschenrechte zeigen wir Courage, stellen uns klar gegen Antisemitismus jeder Form und Ausprägung und schließen uns der Arbeitsdefinition der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) zum Begriff „Antisemitismus“ an. Wir treten jeder Form von Juden Hass und -diskriminierung im Alltag entschieden entgegen. Wir bauen bestehende Stereotype ab und ermöglichen Kindern, ohne solche aufzuwachsen und allen Menschen, ohne solche leben zu können. Hierfür stoßen wir konkrete Maßnahmen und Projekte an:

#### Schaffung einer Begegnungs- und Bildungsstätte

Ein möglicher Baustein auf dem Weg zu einem sichtbaren Miteinander in unserer Stadt

dieser weiter und nachhaltig gestärkt. Aber auch die vorhandenen Einrichtungen wie die WiSo, die TH Nürnberg oder die evangelische Hochschule haben sich in den letzten Jahren exzellent entwickelt.

Um diese positive Entwicklung fördern zu können, hat die SPD-Stadtratsfraktion bereits in der letzten Ratsperiode einen Masterplan für den Hochschulstandort Nürnberg eingefordert. Aus unserer Sicht sollte dabei unter Beteiligung der Hochschulen eine mittelfristige Strategie zum Ausbau und zur Stärkung des Standorts formuliert werden. Diese Aufgabe sollte geschäftsreichsübergreifend im Rahmen eines „Integrierten Standortentwicklungskonzepts (INSEK) Hochschul- und Forschungsstadt Nürnberg“ bearbeitet werden.

Wir wollen auf den Ergebnissen dieser Initiative aufbauen und das INSEK zudem fort-

schreiben. Zugleich muss diskutiert werden, wie die aktuellen Herausforderungen der Wissenschaftsstadt Nürnberg in Zukunft bearbeitet werden sollen (von inhaltlichen Schwerpunktsetzungen über konkrete Standortentscheidungen wie bei der EWF, bis hin zu erschwinglichem Wohnraum für die vielen neuen Studierenden, alleine 5.000 bis 6.000 bei der TUN). Zudem wollen wir einen klaren Fokus Nürnberg als Tagungsort für Wissenschaftskongresse zu stärken.

#### Konzept zur Sichtbarkeit jüdischen Lebens

Seit langem widmet sich die Stadt Nürnberg mit ihren Dienststellen den vielfältigen Aspekten jüdischen Lebens und steht mit unterschiedlichen Akteur\*innen im Austausch. Wir wollen, dass, aufbauend auf vorhandene Strukturen, unter gemeinsamer Leitung der Stadtverwaltung und der IKG ein Runder Tisch „Jüdisches Leben in der Stadt“ etabliert wird. Ziel ist die Erarbeitung eines Konzepts zur Würdigung, Sichtbarmachung und Erfahrbarkeit jüdischen Lebens in allen Bereichen der Stadt.

#### Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen

Wir wollen, dass die Stadt Nürnberg zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Rassismus, wie die „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion“, und Antisemitismus kontinuierlich stärkt.

#### Weitere Informationen:

**Thorsten Brehm;  
Diana Liberova;  
spd@stadt.nuernberg.de**



Im Rahmen der vollzogenen Umbenennung des städtischen Referats VII in „Wirtschafts- und Wissenschaftsreferat“ mit einer entsprechenden Bündelung der Koordinationsaufgaben ist für uns zudem ein Faktor maßgeblich: Es müssen weiterhin alle Referate über ihre jeweiligen Zuständigkeiten eingebunden werden und bei der Entwicklung der Wissenschaftsstadt die technischen Disziplinen und die anderen Wissenschaftsdisziplinen gleichermaßen in den Fokus genommen werden.

#### Weitere Informationen:

**Dr. Ulrich Blaschke;  
spd@stadt.nuernberg.de**



## SPD erreicht weitere Unterstützung der Kulturszene während der Pandemie: Mehr Open Air Veranstaltungen 2021



Michael Ziegler und Yasemin Yilmaz an der Alten Feuerwache I.

Die Corona-Pandemie greift in das Leben aller Bürgerinnen und Bürger ein – privat wie beruflich. Die Kultureinrichtungen Nürnbergs sind von den Einschränkungen des öffentlichen Lebens besonders hart getroffen. Als SPD sehen wir das konkrete SOS-Signal der Kultur und wollen deshalb vor allem mehr für die Selbstermächtigung der Szene tun. Als SPD ist uns eine bunte Kulturszene in Nürnberg wichtig: Wir wollen die vielen Nürnberger Kulturakteure in dieser schwierigen

Zeit konkret unterstützen und auch ihnen Perspektiven ermöglichen.

Ein wichtiger Baustein der Kulturunterstützung sind dabei aus unserer Sicht Open-Air- und Freiluftformate unter Hygieneschutz. Bei Veranstaltungen im Freien ist grundsätzlich mit einer geringeren Corona-Ansteckungsgefahr zu rechnen. Aus diesem Grund wollen wir, dass 2021 mehr Kulturformate im Freien stattfinden können. Deshalb wollen wir,

## Gemeinsam Lösungen finden: Einzelfallkommission für Härtefälle bei Asylverfahren

In den letzten Jahren gab es immer wieder schwierige Fälle und Situationen, in denen Menschen in Nürnberg mit Härten im geltenden Bleiberecht sowie bei Asylverfahren konfrontiert waren. Die Komplexität der rechtlichen Lage sowie die vielfältigen Möglichkeiten, die der Gesetzgeber derzeit vorsieht, machen es dabei oft schwer nachvollziehbar, welche Wege den Betroffenen noch offenstehen, um ein Bleiberecht oder eine Ausbildungs- bzw. Arbeitserlaubnis zu bekommen. Die geltenden Regeln im Ausländer- und Asylrecht können dabei nicht allen individuellen Lebenskonstellationen der Menschen gerecht werden. Trotz der engen Vorgaben von Bund und Land gibt es in einzelnen Teilaspekten aber Ermessensspielräume der Ausländerbehörden. Diese im Sinne der Betroffenen zu nutzen und in begründeten

Fällen Härten zu vermeiden, muss aus unserer Sicht das Ziel des Handelns der Stadt Nürnberg sein.

Viele solcher Fälle wurden und werden an uns als Stadtratsfraktion sowie an die Stadtverwaltung herangetragen. Um die Möglichkeiten der Stadt in solchen Fällen zu prüfen und ggf. gemeinsam nach Lösungen zu suchen, haben wir nun die Einrichtung einer kommunalen „Einzelfallkommission in ausländerrechtlichen Fragen“ initiiert. Diese befasst sich mit einzelnen, konkreten Fällen, zeigt Alternativen – soweit ersichtlich und möglich – auf und meldet ggf. an die Bayerische Härtefallkommission weiter. Hierzu haben wir gemeinsam mit CSU und Bündnis 90/Die Grünen einen fraktionsübergreifenden Antrag eingebracht.

dass Kultureinrichtungen und -akteure ganz grundsätzlich von der Stadtverwaltung bei der Genehmigung von Open Air Veranstaltungen im Frühling/Sommer 2021 unterstützt werden. Auf diese Weise sollen auch für Kultureinrichtungen mit eigenem Außenbereich und -konzept mehr Veranstaltungen an der frischen Luft ermöglicht werden, sobald es die staatlichen Regelungen erlauben, diese Hygieneschutzkonform durchzuführen.

#### Im Stadtrat haben wir darüber hinaus bereits folgende Maßnahmen beschlossen und auf den Weg gebracht:

> Die Stadtverwaltung stellt im Rahmen des „Kulturfrühlings“ einen Sonderfördertopf für Open Air Veranstaltungen der freien Kulturszene in Höhe von 100.000 € zur Verfügung.

> Die Stadtverwaltung prüft die Umsetzung von Open-Air Veranstaltungen im Außenbereich der Alten Feuerwache 1 in Gostenhof und ermöglicht der freien Szene 2021 dort ein vielfältiges Kulturprogramm umzusetzen.

> Zudem sucht und prüft die Verwaltung für den Zeitraum Mai bis September 2021 grundsätzlich geeignete Flächen für Open-Air- und Freiluftveranstaltungen in Nürnberg und stellt diese für Kulturveranstaltungen zur Verfügung.

#### Weitere Informationen:

**Michael Ziegler;  
spd@stadt.nuernberg.de**



Die Kommission soll aus drei Mitgliedern des Stadtrates, jeweils einer Vertretung aus dem Integrationsrat, Bürgermeisteramt und Menschenrechtsbüro, dem neuen Amt für Integration und Migration als Berichterstatte sowie einer/m Vertreter\*in, der eine Verbindung zur Bayerischen Härtefallkommission herstellen kann, zusammengesetzt sein. Bei Bedarf können weitere Sachverständige zu den Beratungen hinzugezogen werden. Wir wollen, dass zukünftig regelmäßig über die Arbeit der Kommission berichtet wird. Nach zwei Jahren soll eine grundsätzliche Evaluation erfolgen, um weitere Schlüsse für unser Handeln zu ziehen.

#### Weitere Informationen:

**Diana Liberova;  
spd@stadt.nuernberg.de**



# SPLITTER

## AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

### **METROPOLREGION SOLL SICH UM VW-BATTERIEFABRIK BEWERBEN**

Der Volkswagen-Konzern verkündete, sechs neue Batterie-Fabriken in Europa bauen zu wollen. Als SPD wollen wir, dass sich die Metropolregion Nürnberg als neuer Standort bei Europas größtem Autobauer bewerben soll. Mit vereinten Kräften kann es gelingen, in der Region eine geeignete Fläche zu finden. Durch unsere gut aufgestellte Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen und die neue Technische Universität kann die Region auch die entsprechenden Fachkräfte langfristig zur Verfügung stellen. Unsere Standortfaktoren passen und mit MAN gibt es sogar in Nürnberg ein Unternehmen aus dem VW-Konzern, auf dessen Kompetenzen man aufbauen könnte.

### **KOMMUNALE INTEGRATION WEITERENTWICKELN**

In Nürnberg wird Integration als wichtige Querschnittsaufgabe aller städtischen Geschäftsbereiche federführend durch die sog. „Koordinierungsgruppe Integration“ geplant, entwickelt und koordiniert. Wir haben nun beantragt, dass dort zeitnah, auf Grundlage des „13. Nationalen Aktionsplans Integration“ der Bundesregierung, eine konzeptionelle Weiterentwicklung der städtischen Integrationsmaßnahmen erarbeitet wird. Dafür sollen in allen städtischen Geschäftsbereichen konkrete Maßnahmen entwickelt und die zugehörige Förderkulisse überprüft werden. Die Verwaltung soll zudem darlegen, welche Integrationsmaßnahmen in den letzten Jahren in Nürnberg umgesetzt bzw. verankert werden konnten und ob dabei konkrete Hindernisse auftauchen.

### **MEHRWEGSYSTEME FÖRDERN – VERPACKUNGSMÜLL REDUZIEREN**

Mit einer Änderung des Verpackungsgesetzes will auch die Bundesregierung Einwegmüll reduzieren. Aus Sicht der SPD braucht es aber in Nürnberg schon jetzt ein vorausschauendes Gesamtkonzept zur Vermeidung von Verpackungsmüll, das zeitnah erarbeitet werden sollte. Uns ist dabei klar, dass gerade die Gastronomie derzeit vor ganz existenziellen Fragen steht. Aber gerade weil Online-Bestellungen und Lieferdienste weiter wachsen und die Erarbeitung gemeinsamer Strategien Zeit braucht, wollen wir dieses Thema jetzt in den Fokus rücken. Auf diese Weise können für Beteiligte sinnvolle Lösungen erarbeiten und rechtzeitig Planungssicherheit geschaffen werden. Die Stadt soll deshalb über die Folgen des Gesetzes für Betriebe, Verbraucher\*innen, Kommunen, Veranstaltungen und Festivals sowie über die Erfahrung mit dem Pfandsystem „RECUP“ in Nürnberg berichten. Zur Konzepterarbeitung wollen wir zudem einen Runden Tisch unter Beteiligung der Gastrono-

mie sowie Expert\*innen und Ideengeber\*innen aus der Zivilgesellschaft.

### **STROMTRASSE DURCH DEN NÜRNBERGER SÜDEN VERHINDERN – MINDESTABSTÄNDE EINHALTEN**

In der Region wird seit vielen Monaten der Ersatzneubau der Juraleitung P53 diskutiert. Nach den jetzt bekannt gewordenen Präferenzen der Firma Tennet soll diese auf der Bestandstrasse errichtet werden, die auch durch den Nürnberger Süden und den Stadtteil Katzwang geht. Dieser Trassenverlauf, ob ober- oder unterirdisch, ist für uns als SPD völlig indiskutabel und löst deshalb bei uns blankes Entsetzen aus. Die Anwohner\*innen und ihre Gesundheit müssen geschützt und folglich die Mindestabstände zur Wohnbebauung aus dem Landesentwicklungsprogramm unbedingt eingehalten werden. Wir haben deshalb u. a. beantragt, dass sich die Verwaltung bei der bayerischen Staatsregierung einsetzt, dass im Landesentwicklungsplan endlich verbindliche Mindestabstände für oberirdische Trassen und für Erdverkabelung hinterlegt werden. Zudem soll sie fachliche und juristische Stellungnahmen vorbereiten, um gegen die Trassenplanung auf Nürnberger Grund vorzugehen.

### **NUTZUNG DER ALTEN FEUERWACHE 1**

Ende März 2021 wird der Umzug der Feuerwache I in die neuen Räumlichkeiten am Westring abgeschlossen sein. Ab diesem Zeitpunkt wird das Gelände der Alten Feuerwache 1 in der Reutersbrunnenstraße 24 leer stehen. Schon seit Jahren hat die Stadt Nürnberg gute Ideen, welche Nutzungen an diesem Ort folgen könnten. Auch Initiativen und private Projektentwickler machten bereits Vorschläge, wie es dort weitergehen könnte. Bisher gibt es allerdings seitens der Stadt noch kein finales Entwicklungs- und Nutzungskonzept – weder für den Interimsbetrieb noch für eine mittel bis langfristige Nachfolgenutzung. Es ist also höchste Zeit die Planungen, zu konkretisieren. Wir haben deshalb die Verwaltung dazu aufgefordert, hier tätig zu werden. Außerdem haben wir beantragt, dass die Verwaltung die kulturelle Bespielung der Außenflächen der Feuerwache während der Pandemiezeit interessierten Kulturveranstalter\*innen szenübergreifend und niedrigschwellig zugänglich macht.

### **RADWEGESCHLUSS BRUNN**

Zur Bündelung und Fokussierung der Radwegbau-Gelder im Sinne eines Netzgedankens, hat der Stadtrat Ende 2020 auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion 18 Radvorrangrouten festgelegt. Entlang dieser sollen im kommenden Jahrzehnt vorrangig Lücken geschlossen werden und dadurch ein durchgängiges Fahrrad-Hauptverkehrs-Netz entstehen. Im Zuge

dieses Beschlusses wurde auch die Radverbindung beginnend an der Kreuzung Fischbacher/Brunner Straße bis zum Altstadtring als Radvorrangroute definiert. Da ein beachtlicher Teil des Fahrradverkehrs hier von und nach Brunn führt, erscheint es für uns als SPD sinnvoll, zu dieser Radvorrangroute auch noch den Lückenschluss nach Brunn hinzuzufügen und diese somit zu priorisieren.

### **NEUER STADTTEIL AM EHEMALIGEN SÜDBAHNHOF-AREAL: PLANUNG UND NAMENSFINDUNG**

Die Entwicklung eines neuen Stadtteils auf dem ehemaligen Gelände des Südbahnhofs ist weit vorangeschritten. Wohnungen werden gebaut oder sind in Planung, Flächen für Gemeinwesen und Standorte (z.B. für Kindertageseinrichtungen und Schulen) wurden durch den Stadtrat ausgewiesen und die künftige Universität steht in den Startlöchern. Wir freuen uns, dass die Stadt Nürnberg nun unserem Vorschlag folgt und die Bürger\*innen bei der Suche nach einem geeigneten Namen für den neuen Stadtteil einbezieht. Für die weitere Entwicklung des Geländes wollen wir zudem schnell alle aktuellen Akteure oder in Zukunft zu erwartenden Organisationen/Träger an einem regelmäßigen Runden Tisch zusammenzubringen. Zum anderen fordern wir, dass innerhalb der Verwaltung eine steuernde Einheit geschaffen oder benannt wird, die stadtintern alle zuständigen Ämter koordiniert und zugehörige Handlungsstränge bündelt. Diese Einheit soll dann als Ansprechpartner für künftige Träger und Akteure im neuen Stadtteil fungieren.

## Impressum

### **Herausgeber:**

SPD Unterbezirk Nürnberg  
Karl-Bröger-Str. 9  
90459 Nürnberg

### **Verantwortlich:**

Thorsten Brehm

### **Redaktion:**

Michael Arnold, Thorsten Brehm

### **Grafische Gestaltung:**

Michael Graf

**E-Mail:** [spd@stadt.nuernberg.de](mailto:spd@stadt.nuernberg.de)

**Tel:** 0911 - 2312906

**Fax:** 0911 - 2313895

Stadtratsfraktion  
Nürnberg

**SPD**